

91 Technikkonflikte und Partizipation

Kernenergie, Kohlekraftwerke, grüne Gentechnik, selbst fahrende Autos, Eingriffe in die menschliche Keimbahn, Nanotechnologie und Müllverbrennungsanlagen – diese Technologien haben eines gemeinsam: Sie sind umstritten. Sie stellen die Gesellschaft vor Konfliktsituationen. Meistens geht es dabei um drei Konflikttypen (Beck/Grande 2004):

1. Wie hoch sind die möglichen Nebenwirkungen und Risiken und welche Maßnahmen wären erfolgversprechend, um dieses Risiko zu verringern? (epistemischer Konflikt)
2. Welche Verteilungswirkungen gehen von diesen Technologien aus? Wer hat den Nutzen und wer trägt die Risiken? Sind Dritte betroffen (etwa der Nachbar, wenn eine Anlage giftige Gase in die Umgebung ablässt)? Können diejenigen, die den Nutzen haben, diejenigen, die das Risiko tragen, angemessen kompensieren? Lässt sich die Technologie versichern? (distributiver Konflikt)
3. Ist das Verhältnis von Nutzen und Risiko angemessen? Ist die Technologie akzeptabel? Wie sicher ist sicher genug? Wer darf das bestimmen? Wie kann man hier zu einer kollektiv verbindlichen Entscheidung kommen? (normativer Konflikt)

In pluralistischen Gesellschaften gibt es auf diese Fragen viele Antworten, und alle beanspruchen, richtig und wahr zu sein. Um in dieser Situation mit erheblicher Komplexität und Vielschichtigkeit zu konstruktiven und friedlichen Konfliktlösungen zu kommen, bedarf es beteiligungsorientierter Ansätze wie der partizipativen Technikfolgenabschätzung.

91.1 Soziale Konflikte

Soziale Konflikte sind Gegensatzbeziehungen von Erwartungen im Rahmen eines sozialen Kontextes, an dem mindestens zwei Akteure (Personen, Parteien, Organisationen, Quasi-Gruppen) beteiligt sind und in dem das Verhalten der Akteure durch die Gegensatzbeziehung direkt oder indirekt beeinflusst wird (Dahrendorf 1961, 125). Zum Konflikt gehören drei Elemente: der Gegenstand des Konfliktes (etwa Leistungsfähigkeit von Solarkollektoren), widersprüchliche Erwartungen, die mit diesem Gegenstand verbunden werden (etwa Solarkollektoren können viel oder wenig zur Energieversorgung beitragen) und Handlungs-

druck, auf die widersprechenden Erwartungen in irgendeiner Form zu reagieren (etwa Solarkollektoren genauer zu untersuchen, sie gleich mit anderen Energietechnologien zu ersetzen oder auf Energieautoritäten zu vertrauen). Konflikte sind daran gebunden, dass die Interessen einer Partei mit der anderer Parteien im Widerspruch stehen und sich eine Partei benachteiligt fühlt, wenn es der jeweils anderen Partei gelingt, das eigene Interesse durchzusetzen (Giesen 1993, 92).

Personale Konflikte finden zwischen Individuen statt, institutionelle zwischen Organisationen oder zwischen Gruppen von Personen. Technikkonflikte mit gesellschaftlicher Brisanz gehören in der Regel zu den institutionellen Konflikten. Institutionelle Konflikte entzünden sich meist an Verteilungsproblemen knapper Ressourcen oder an kollektiv verbindlichen Regelungen, die das Verhalten von Menschen steuern (Pfeffer/Salancik 1978, 92 ff.). Die besondere Errungenschaft demokratischer Gesellschaftssysteme liegt darin, dass im Falle der Verteilungsprobleme Verfahren der Kompromissfindung nach einem als fair empfundenen oder ausgehandelten Schlüssel institutionell verankert sind. Im Falle der kollektiv verbindlichen Festlegungen dürfen bestimmte Rechte von Individuen und sozialen Minderheiten nicht angetastet werden, darüber hinaus aber entscheidet nach einer Debatte der verschiedenen Handlungsoptionen ein dazu legitimiertes Gremium nach Maßgabe eines Abstimmungsschlüssels (etwa Mehrheitsprinzip). In beiden Fällen geschieht Konfliktaustragung nach vorher festgelegten Spielregeln und im Rahmen von substantiellen Gesetzen. Dadurch werden Orientierungssicherheit, Regelmäßigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz erzielt. In Verbindung mit dem Gewaltmonopol des Staates verliert Konfliktaustragung den Charakter einer willkürlichen, zufälligen oder auch lebensbedrohlichen Form der Auseinandersetzung.

Die Akzeptanz von kollektiv verbindlichen Regelungen wie auch die ausgehandelten Kompromissformeln der Verteilungskämpfe sind in der jüngsten Zeit zunehmend unter Legitimationsdruck geraten (Fuchs 2002; Gabriel/Völkl 2004). Das gilt in besonderer Weise für technische Anlagen, Prozesse oder Produkte, die man nicht selber exklusiv nutzt, sondern die zu allgemeinen Dienstleistungen beitragen, aber Risiken für die in der Umgebung lebenden Menschen bergen (Renn/Zwick 1999, 42). Beispiele dafür sind Kraftwerke, Staudämme, Hochspannungsleitungen, Chemieanlagen, Flughäfen oder auch Windkraftwerke. Dabei lässt sich eine zunehmende Akzeptanzverweigerung der betroffenen Bürger gegenüber den kollek-

tiv festgelegten Beschlussverfahren (etwa Genehmigungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren) beobachten. Allein die Tatsache, dass ein Beschluss demokratisch zustande gekommen ist, reicht häufig nicht mehr aus, um Akzeptanz bei den Betroffenen auszulösen. Technikkonflikte sind die Folge, so etwa zur Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle (s. Kap. 74) oder zur Grünen Gentechnik (s. Kap. 64).

91.2 Technikkonflikte

Politikverdrossenheit, St.-Florian-Prinzip, Wutbürger, Protestkultur, Besitzstandswahrung, Anspruchsmentalität – diese Schlagworte kennzeichnen die aktuelle Situation um Akzeptanz von neuen Technologien, Infrastrukturvorhaben oder öffentlichen Planungen. Proteste gegen Technologien und technische Einrichtungen sind durch viele Faktoren begründet und von daher auch nicht als ein vorübergehendes Phänomen zu sehen (Gabriel/Völkl 2004; Kulinski/Oppermann 2010; Renn 2004):

- In einer zunehmend dichteren Besiedlung und Vernetzung sind Risiken und Nutzen von Infrastruktur- und Planungsvorhaben (wie Technikfolgen generell, s. Kap. 7) nicht gleich verteilt. Oft fällt der Nutzen bei einer Menge meist anonymer Konsumenten oder Produzenten an, während überwiegend die Standortbevölkerung das Risiko trägt. Dies führt zu wahrgenommenen Verletzungen des Fairness-Prinzips.
- Der Protest gegen technische Einrichtungen und Infrastrukturmaßnahmen nährt sich auch aus der Erfahrung der Bedrohung der eigenen Lebenswelt. Viele Bürger sehen sich in ihrem Alltagshandeln durch professionelle Expertenurteile und institutionelle Eingriffe eingeengt. Als Gegenreaktion versuchen sie, alles, was ihnen von außen aufgezwungen erscheint, abzuwehren und ihre eigene kollektive Identität zu wahren.
- Die Notwendigkeit der Einführung neuer Technologien (etwa der Nanotechnologie oder selbst fahrender Automobile) ist häufig auch unter Fachleuten und Meinungsmultiplikatoren umstritten. In der öffentlichen Auseinandersetzung um das Für und Wider lässt sich daher jede mögliche Haltung durch Rückgriff auf irgendeinen Experten begründen (Expertendilemma).
- Es klappt häufig eine Kluft zwischen den von den Experten berechneten Konsequenzen und Risiken und den von der Bevölkerung wahrgenommenen

Folgeproblemen. Bei der Beurteilung von Risiken spielen jedoch neben der Wahrscheinlichkeit und des Ausmaßes des Risikos auch sogenannte qualitative Risikomerkmale eine wichtige Rolle, beispielsweise, ob Risiken freiwillig auf sich genommen oder von dem Risikoträger aktiv kontrolliert werden können.

- Schließlich richtet sich der Protest gegen Risikoanlagen häufig auch gegen die Art, wie Beschlüsse in der politischen Arena zustande kommen. Mit zunehmendem Bildungsstand und ökonomischem Wohlstand wächst der Wunsch nach Teilhabe an der Entscheidungsfindung, vor allem dann, wenn die persönliche Lebenswelt betroffen ist.
- Technikkonflikte sind meist auf drei Ebenen bezogen: das Wissen über die Folgen des Einsatzes der Technologie (epistemische Aspekte), die zu erwartenden Konsequenzen für die Verteilung von Nutzen und Risiko (distributive Aspekte) sowie die Akzeptabilität der Technik (normative Aspekte). Darüber hinaus können Interpretationskonflikte auftauchen. Evaluative Konflikte sind häufig zu beobachten, wenn Menschen die Technologie zwar grundsätzlich bejahen, aber nicht in ihrer Umgebung dulden wollen (Sankt-Florian-Prinzip oder englisch NIMBY: »not in my backyard«).

91.3 Konfliktlösung und Bürgerbeteiligung

Wie können Gesellschaft und Politik Technikkonflikte entschärfen oder sogar lösen? Zum einen ist es hilfreich, Konflikte, die auf Ja/Nein-Alternativen beschränkt erscheinen, durch neue Optionen zwischen den beiden Extremen aufzufächern (Susskind et al. 2000; Bonacker 2002, 24). Konflikte, die nur Gewinner und Verlierer kennen, sind wesentlich schwieriger zu behandeln, als solche, bei denen es eine Reihe von Zwischenlösungen gibt. Albert Hirschmann (1994) hat diese beiden Konflikttypen als teilbare und unteilbare Konflikte bezeichnet. Eine wichtige Strategie der Politik muss es sein, so weit wie möglich unteilbare Konflikte durch die Schaffung neuer Varianten in teilbare zu transformieren. Sobald auch die potentiellen Verlierer den Eindruck gewinnen, sich zumindest in Teilen durchgesetzt zu haben, ist die Akzeptanz der politischen Entscheidung wesentlich wahrscheinlicher (Ury et al. 1991).

Zum anderen geht es darum, die Konfliktparteien mehr als früher in die Entscheidungsfindung einzubeziehen (US National Research Council 2008, 43 ff.).